Rechtsterroristen töten 10 Menschen und bleiben unentdeckt

Fassungslosigkeit, Scham und Wut über die Morde



Weil sie Ausländer waren, wurden zehn Menschen von Rechtsextremisten heimtückisch ermordet. Mitten in Deutschland, skrupellos, ohne jede menschliche Regung. Polizei und Verfassungsschutz haben trotz Hinweisen weder die Zusammenhänge der Morde noch die wahren Motive der Mörder erkannt. Schlimmer noch: Sie erklärten die Ermordeten zu Opfern interner Mafia-Fehden.

- Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fassungslos, dass Menschen zu solchen Taten fähig sind.
- Wir schämen uns für die Unfähigkeit unserer Ermittlungsbehörden. Den Angehörigen der Opfer gebührt eine offizielle Entschuldigung, dass sie so lange auf Aufklärung der Morde haben warten müssen.
- Wir sind wütend, dass immer noch nicht alles unternommen wird, dem weiter erstarkenden Rechtsextremismus wirksam Einhalt zu gebieten.

Seit langem gibt es die Warnung, dass der Rechtsextremismus in Deutschland die größte Gefahr für unsere Demokratie darstellt. In zahlreichen Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde immer wieder auch auf das enorme Gewaltpotential des Rechtsextremismus hingewiesen.

Gemeinsam kämpfen gegen Rechtsextremismus

Im Kampf gegen neue wie alte Nazis verfolgt die SPD drei Schritte, die gleichzeitig erfolgen müssen

- ► Rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft bekämpfen
 Hierzu gilt es die Zivilgesellschaft zu stärken, gute Bildung als wirksame Prävention
 zu ermöglichen, Initiativen und Projekte gegen den Rechtsextremismus dauerhaft und
 solide zu unterstützen.
- ► Rechtextremisten überwachen, überführen und verurteilen Mit guter Organisation und Ausstattung müssen Polizei und Verfassungsschutz-Ämter Rechtextremisten rigorosen Einhalt gebieten.
- Organisierten Rechtsextremismus verbieten Vereine und Parteien, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpfen, müssen verboten werden.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zusammen gegen alte und neue Nazis. Unserer Geschichte verbunden, unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet.